

»Niemand hat die Absicht, in Baden-Württemberg das Gymnasium abzuschaffen«

Mit einem neuen Bildungsplan schafft die Landesregierung von Baden-Württemberg die Grundlage für eine Einheitsschule.

Die Grüne Jugend forderte unlängst in Baden-Württemberg die Abschaffung des Gymnasiums. Grund dafür ist, dass die seit 2012 bestehende Gemeinschaftsschule, welche die bisherigen Schularten Hauptschule, Werkrealschule und Realschule mittelfristig vollständig integrieren soll, sich zu einer neuen 'Restschule' entwickeln könnte. Die Landesregierung gibt sich noch bedeckt. »Nicht zielführend« sei diese Forderung und zugleich politischer Suizid: Wer sich am Gymnasium vergreife, so Ministerpräsident Kretschmann, überlebe das politisch nicht.

von THOMAS RAJH und
HANS PETER KLEIN

Aus heiterem Himmel kommt die Forderung nach der sofortigen Integration auch des Gymnasiums in die Einheits-Gemeinschaftsschule aber nicht. Zu früh wäre zum jetzigen Zeitpunkt aus Sicht der um die Wiederwahl kämpfenden Regierung das öffentliche Bekenntnis dessen, was hier am Ende entstehen soll. Es ist derzeit anscheinend ein stilbildendes Merkmal rot-grüner Bildungspolitik in vielen der alten Bundesländer, vielfältige Hebel auf der Administrationsebene in Bewegung zu setzen, um im Verborgenen für Tatsachen zu sorgen. So hatte die Landesregierung bereits zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit einem einfachen wie politisch effektiven Schachzug den Weg zum ersehnten Niedergang des dreigliedrigen Schulwesens im Südwesten kurz nach ihrer Wahl 2011 geebnet. Mit der simplen Abschaffung der ver-

bindlichen Grundschulempfehlung wurde dem Ansturm auf die höheren Schularten der Weg frei gemacht. Die Haupt- und Werkrealschulen blieben seither weitgehend leer, der Plan ging auf. Fortan schickt verständlicherweise jeder sein Kind auf ein Gymnasium, wer immer eines in der Nähe hat. In der Realschule landet nur noch der, dem früher dringend der Übergang auf eine Hauptschule empfohlen wurde, weil er entweder nicht richtig lesen, schreiben oder rechnen konnte. Die meisten der ehemaligen und so durch Schließung bedrohten Hauptschulen, die ja vor allem in der Fläche des ländlichen Raums Zugang zu allge-

INFOS

Thomas Rajh ist Seminarlehrer und Bereichsleiter Sozialwissenschaften am Lehrerseminar in Rottweil

Hans Peter Klein lehrt Didaktik der Biowissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt



▶ Mit der simplen Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung wurde dem Ansturm auf die höheren Schularten der Weg frei gemacht.

meiner Bildung geschaffen haben und daher auch künftig unverzichtbar für die schulische Versorgung sind, wurden bereits zu Gemeinschaftsschulen umetikettiert. Sie konnten diesem auf die Brust gesetzten Junktim des Weiterbestandes schlechterdings keine Absage erteilen, was von der Landesregierung dann auch durch Beförderung der Schulleitungen in die nächst höhere Gehaltsklasse belohnt wurde. Ihre Schülerschaft ist freilich unverändert geblieben. Die an Gemeinschaftsschulen vereinzelt anzutreffenden Gymnasiallehrer rekrutieren sich dabei aus Junglehrern, die oftmals wegen nur mäßiger Abschlüsse an einem Gymnasium keine Stelle bekommen haben und aus solchen, die aus bildungspolitischer Überzeugung oder von pädagogischer Abenteuerlust getrieben werden. Man darf schon jetzt gespannt darauf sein, auf welchem Niveau die ersten Abiture dort ab 2024 abgelegt werden, sollten gleiche Standards denn überhaupt angelegt werden.

▶ Konzepte der 'Neuen Lernkultur'

Das Ergebnis dieser Entwicklung zeigt sich auch in der sprunghaft angestiegenen Zahl von Sitzenbleibern am Gymnasium. Viele Schüler sind mit den Anforderungen einfach überfordert. Folglich wurde erst einmal das Sitzenbleiben in Klasse 5 und 6 einfach abgeschafft. Ähnlich dem Vorbild Nordrhein-Westfalen wird zusätzlich die Ausweisung mangelhafter Leistungen dem Lehrer zur Last gelegt. Die daraus resultierende pressewirksame Darstellung der Reduzierung dieser Quoten kommt in der Öffentlichkeit gut an. Dahinter verbirgt sich allerdings eine bildungspolitische Zeitbombe. Das Gymnasium in Baden-Württemberg ist zwar weiterhin die beliebteste Schulform. Um der aber auch dort immer stärker anwachsenden Zahl leistungsschwacher Schüler nicht mit Wiederholung von Jahrgangsstufen oder 'Abschulen' zu begegnen, wird ganz einfach das Anspruchsniveau soweit abge-

senkt, dass möglichst alle zum Abitur geführt werden. Damit droht das Gymnasium zur neuen Einheitsschule mit deutlich verringertem Leistungsanspruch zu werden. Einer Übernahme in die Schulform der Gemeinschaftsschule steht dann nichts mehr im Weg. Den Eltern, die ihr Kind nun mangels pädagogischer Verbindlichkeit zum größtmöglichen Bildungsglück auf den Weg zur Reifeprüfung schicken, ist kein Vorwurf zu machen. Das Heilsversprechen von der freien Wahl der Schulart nutzt die elterlichen Hoffnungen aus, um politische Tatsachen zu schaffen, welche die Gründung eines Einheitsschulwesens legitimieren sollen.

Hinzu kommt, dass die völlig umstrittenen Konzepte der 'Neuen Lernkultur' nicht nur in den Gemeinschaftsschulen, sondern in allen Schulformen verbindlich vorgeschrieben werden. Das gemeinsame Lernen an einem gemeinsamen Unterrichtsgegenstand – ursprünglich die argumentative Grundlage für die Einführung von Gemeinschaftsschulen – hat man längst über Bord geworfen und propagiert stattdessen die Individualisierung von Unterricht als die probate Form, der gewünschten Heterogenität der Schülerschaft Rechnung zu tragen. Man hofft, dass der Heilige Geist der leistungsstarken Schüler auf die leistungsschwachen irgendwie herabfallen werde, ganz im Gegensatz zu den bisherigen empirischen Untersuchungen, in denen längeres gemeinsames Lernen derartige transzendente Vorstellungen bisher nicht bestätigen konnte. An der Basis herrscht längst weitgehend Konsens darüber, dass man nicht zugleich auf Haupt-, Realschul- oder gymnasialem Niveau sinnvoll und gewinnbringend für alle unterrichten kann, wenn man die grundlegenden Fachinhalte in den einzelnen Fächern über-

haupt noch in irgendeiner Weise halbwegs ernst nehmen will. Dieses Konzept einer radikalen inklusiven Pädagogik mit der Vorgabe verbindlicher konstruktivistischer Lernmethoden, in denen der Lehrer im bildungsökonomischen Sinne nur noch als Lerncoach agiert, in denen jedem Schüler sein eigener auf ihn abgestellter Lehrplan zugewiesen wird und in der individuelle Lernfortschrittsberichte die verhasste vergleichende Notengebung ablösen sollen, ist letztlich nichts anderes als bildungspolitische Gleichmacherei und bewusste Missachtung völlig unterschiedlicher Intelligenz- und Lernfähigkeiten von Menschen. »Kommunismus für die Schule«, kommentiert der amtierende Kultus- und Wissenschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern (SPD) diese Entwicklung in seinem lesenswerten Beitrag 'Warum Inklusion unmöglich ist' (Profil 4, 2013).

► Das heutige kollektive Gedächtnis hat angesichts seiner langfristigen Demenz jede Grausamkeit bis zur nächsten Wahl vergessen

Die Protagonisten dieser als alternativlos verkauften Bildungskonzepte ignorieren zudem, dass diese nahezu weltweit längst als gescheitert gelten. Nicht nur die Hattie-Studie mit der empirischen Erfassung der Ergebnisse aus über 50 000

einzelnen Forschungsergebnissen hat sowohl die Individualisierung von Unterricht als auch konstruktivistische Unterrichtsmethoden als völlig unwirksam für erfolgreiches Lernen ausgewiesen. Esoterik gegen Empirie. Man verweist neuerdings auf Schweden, das ähnliche Konzepte bereits vor Jahren erfolgreich eingeführt habe. So erfolgreich, dass Schweden selbst in den vergangenen PISA-Studien immer weiter nach unten durchgereicht wurde. Bildungsverlierer scheinen die neuen Vorbilder rot-grüner Bildungspolitik zu sein. Aber auf wen soll man auch sonst noch verweisen? Nicht nur im gesamten anglo-amerikanischen Raum gibt es neben dem ausgeklügelten Privatschulsystem ein Gesamtschulsystem, in dem alle Schüler eine Schule besuchen, in denen dann aber die Heterogenität wie selbstverständlich durch Bildung homogener Leistungsgruppen aufgelöst und jeder Schüler entsprechend seinen Fähigkeiten individuell am besten gefördert wird. Ein Konzept, das interessanterweise in den 70er Jahren von der SPD gegen den Widerstand anderer Parteien eingeführt wurde und das heutzutage als ein noch schlimmeres Übel als das gegliederte Schulsystem ausgewiesen wird.

Der Einheitslehrer für die zukünftigen Einheitsschulen ist ja schon längst in der Lehrerbildung auf den Weg gebracht worden. Wenn es keine Gymnasiallehrer mit fachlich fundierter Ausbildung mehr gibt, gibt es auch keine Gymnasien mehr. So einfach ist das. Mit seiner strategischen Angleichung auf das mehr als umstrittene Konzept der Neuen Lernkultur für alle schafft der neue Bildungsplan die notwendigen Voraussetzungen, nach seiner Einführung im Herbst 2016 alle Schulformen in der Gemeinschaftsschule letztend-

lich aufzulösen. Auch dies ist ein politisch kluger Schachzug. Wenn in allen Schulen tatsächlich das gleiche 'drin' ist, wird die namentliche Abschaffung der unterschiedlichen Schularten nur noch zur Formsache und eine Frage der Zeit. Es ist verständlich, dass man solche Eingriffe am offenen Herzen eines bisher funktionierenden Systems nur kurz nach einer Wahl durchführen will, wohl wissend, dass das heutige kollektive Gedächtnis angesichts seiner langfristigen Demenz jede Grausamkeit bis zur nächsten Wahl vergessen und hingenommen haben wird.

Unerreicht bleibt vor allem das pädagogische Heilsversprechen einer gleichen Bildung für alle. Gleichwohl wird es der bildungsfernen Bevölkerung als eingelöst verkauft werden, die übrigens interessanterweise derartige Gleichmachereien gar nicht einfordert. Die Scheinerfolge quantitativ höherer Bildungsabschlüsse werden solange mit getragen werden, bis jene durch die Nivellierung der Bildungsgänge entwerteten Abschlüsse dazu geführt haben, dass es keine Bäckereifachverkäuferinnen ohne Abitur mehr geben wird bei selbstverständlich gleichem Gehalt wie vorher. Man wird (zu) spät merken, dass es bei der Reform des baden-württembergischen Schulsystems nicht um ein differenziertes Bildungsangebot entsprechend den unterschiedlichen Intelligenz- und Lernfähigkeiten von jungen Menschen ging, sondern um eine mehr als fragwürdige Gleichmacherei auf dem untersten gemeinsamen Nenner. Der Bildungsauftrag von Schulen muss scheitern, wenn diese dazu instrumentalisiert werden, bildungspolitische Ziele aus den Parteibüchern der jeweils Regierenden in Form von Gesetzen und Verordnungen zwangsweise übernehmen zu müssen. ■



Foto: Ralf Gethke/Fotolia

► **Sitzenbleiben?**
In Klasse 5 und 6 erst einmal abgeschafft!